

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 3

Artikel: Wie sehen die politischen Parteien die Zukunft Europas? : Frieden durch Verständigung
Autor: Renschler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frieden durch Verständigung

Der Standpunkt der SPS. Von Walter Renschler

Um die Zukunft Europas ging es kürzlich an einem Podiumsgespräch der Arbeiterbildungsgemeinschaft Möhlin. Den Standpunkt der SPS vertrat Nationalrat Walter Renschler aus Zürich. Wir publizieren seine Äusserungen im Wortlaut.

Vor 9 Jahren, am 24. Januar 1977, erklärte der damalige schweizerische Aussenminister, SP-Bundesrat Pierre Graber, in einem Vortrag mit dem Titel «Europa – wohin?» u.a. folgendes: «Wir wünschen ein an Menschenrechten orientiertes, rechtsstaatliches und soziales Europa, in welchem die Macht beim Bürger liegt . . .» Auf dieser Grundlage ist aus sozialdemokratischer Sicht die europäische Integration erstrebenswert. Auch wenn es dazu Ansätze in der Europäischen Gemeinschaft (EG) und im Europarat gibt, werden wir aber noch lange Zeit nur in einem Land Bürger sein und in allen übrigen europäischen Staaten Ausländer bleiben. Eines der wichtigsten Ziele der europäischen Integrationsbestrebungen besteht darin, die Eigenständigkeit Europas zu stärken, damit es zu einer ausgleichenden Kraft zwischen den Grossmächten werden kann. Diese Zielsetzung ist im SPS-Parteiprogramm 1982 mit folgendem Satz verankert:

«Langfristig streben wir ein Europa an, das gleiche Distanz zu den Machtblöcken bewahrt und in der Welt eine eigenständige, stabilisierende und friedenssichernde Rolle spielt.»

Es gilt, den sogenannten Frieden der gegenseitigen Abschreckung in einen Frieden der

gegenseitigen Verständigung zu wandeln; das heisst: es bedarf in Europa einer sicherheitspolitisch abgestützten Entspannung durch Verträge mit Stossrichtung Gewaltverzicht, internationale Zusammenarbeit, gegenseitige Vertrauensbildung und Rüstungsbeschränkung. Die SPS lehnt jenes Verständnis von Entspannungspolitik ab, das einseitig auf das militärische Gleichgewicht ausgerichtet ist. Deshalb wandte sich die SPS mit aller Entschiedenheit sowohl gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20 als auch gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa. Ebenso verurteilt die SPS die amerikanische Strategie Defense Initiative (SDI); sie fördert das Wettrüsten und behindert die Entspannungspolitik mit friedlichen Mitteln.

Die Zukunft Europas hängt aus unserer Sicht in erster Linie von jenen Institutionen ab, die sich mit der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, der Rechtsangleichung und der Integration befassen. Gemeint sind damit insbesondere die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der Europarat und die EG. In den beiden erstgenannten Institutionen wirkt die Schweiz als Mitglied aktiv mit; mit der EG verbindet uns das Freihandelsabkommen, das vom Schweizervolk 1972 in einer Volksabstimmung gutgeheissen wurde. Am 1. August 1975 unterzeichneten 33 europäische Staaten, die USA und Kanada in Helsinki die Schlussakte der KSZE.

Sie stellt keinen völkerrechtlichen Vertrag dar, der Recht setzt. Es handelt sich dabei lediglich um eine gemeinsame Absichtserklärung. Dennoch ist das Schlussdokument kein wertloses Papier; es ist ein Massstab, an dem die Bereitschaft der beteiligten Staaten zu einer europäischen Friedenspolitik gemessen werden kann, und zwar insbesondere auf folgenden Gebieten: vertrauensbildende Massnahmen, Sicherheitspolitik, Abrüstung, wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und umweltpolitische Zusammenarbeit, transnationale Kontakte und Kommunikation sowie Menschenrechte.

Obwohl nicht behauptet werden kann, den Absichtserklärungen in der Schlussakte von Helsinki werde in befriedigender Weise nachgelebt, so hat sich der KSZE-Prozess bisher doch als ein krisenstabilisierender Faktor in den gesamteuropäischen Beziehungen erwiesen. Bisher fanden zwei Folgekonferenzen statt, jene von 1977/78 in Belgrad und jene von Madrid, die Ende 1980 begann und erst im Herbst 1983 abgeschlossen wurde. Ferner wurde eine Vielzahl von Vorbereitungs- und Expertentreffen über spezifische Probleme durchgeführt. Die 3. KSZE-Folgekonferenz ist auf Anfang November 1986 in Wien vorgesehen. Ihr sollten insbesondere konkrete Resultate der in Madrid beschlossenen und in Stockholm seit Januar 1984 mit Unterbrüchen tagenden «Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen und Abrüstung in

Europa» (KVAE) unterbreitet werden. Der Stand der Verhandlungen in Stockholm gibt zu keinen übertriebenen Erwartungen Anlass. Vermutlich werden sich die Resultate auf vertrauensbildende Massnahmen ohne spektakuläre Abrüstungsvorschläge beschränken. Der N+N-Gruppe, zu der ausser der Schweiz Österreich, Schweden, Finnland, Liechtenstein, San Marino, Malta, Zypern und Jugoslawien zählen, wird erneut - wie schon an den KSZE-Treffen - die Aufgabe zufallen, konsensfähige Kompromissvorschläge auszuarbeiten. Als vorerst wichtigsten Einigungspunkt zeichnet sich ein Gewaltsverzichtsabkommen ab.

Aus der Sicht der SPS muss die KSZE (inklusive KVAE) von Absichtserklärungen zu völkerrechtlichen Verträgen übergehen. Gegenstand solcher Verträge könnten beispielsweise sein:

- die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone,
- das Verbot chemischer Waffen,
- die Offenlegung der Militärausgaben und deren prozentuale Senkung,
- die Bildung eines europäischen Sicherheitsrates
- und die Schaffung eines Systems zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten, wie es von der Schweiz vorgeschlagen worden ist.

Der Weg zum Frieden in Europa ohne militärische Bedrohung ist steinig. Erste Voraussetzung dazu ist die Bildung von Vertrauen. Ohne Vertrauen gibt es keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Abrüstung.

Hängt das Schicksal Europas in erster Linie von der gesamteuropäischen Entwicklung ab, so dürfen die westeuropäischen Integrationsbestrebungen in ihrer Wichtigkeit doch nicht unterschätzt werden. Sie sind einerseits in Westeuropa ein stabili-

lisierender Faktor, und sie bilden andererseits ein Gegengewicht zu den beiden Supermächten, die USA und die Sowjetunion.

Dem 1945 gegründeten Europarat, dem heute 21 Staaten angehören, darunter seit 1963 auch die Schweiz, liegt eine Konzeption der europäischen Zusammenarbeit zugrunde, die unserer staatspolitischen Auffassung weitgehend Rechnung trägt. Der Europarat fördert die Zusammenarbeit unter den Mitgliedern mittels Konventionen, die gemeinsam ausgearbeitet werden, denen aber jeder Staat nach freiem Ermessen beitreten kann. Der Europarat hat bisher rund 120 Konventionen verabschiedet. Davon hat die Schweiz 50 ratifiziert. Die beiden wichtigsten Übereinkommen des Europarates sind die europäische Menschenrechtskonvention und die europäische Sozialcharta. Der Menschenrechtskonvention trat die Schweiz bei, die Sozialcharta hat sie unterzeichnet. Der Ständerat lehnte die Ratifikation ab, im Nationalrat steht der Entscheid noch aus.

Die SPS befürwortet die Ratifikation der Sozialcharta: sie stellt das sozialstaatliche Gegenstück zur Menschenrechtskonvention dar. Ferner fordert die SPS auch die Ratifikation der Zusatzprotokolle 1, 4 und 6 zur Menschenrechtskonvention.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist der Europarat eine wertvolle Institution, um die Harmonisierung des Rechts in Europa voranzutreiben. Die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung und -zerstörung sind ein typisches Beispiel dafür, dass es europäische Rechtsnormen braucht. Die integrierende Wirkung des Europarates könnte noch besser werden, indem der Entscheidungswille des Ministerkomitees verstärkt wird und indem der Parlamentari-

schen Versammlung grössere Kompetenzen, vor allem mehr Einfluss auf das Ministerkomitee, eingeräumt werden. Der Europarat kann in zweifacher Hinsicht zu einem europäischen Bindeglied werden: einmal gegenüber den osteuropäischen Staaten und zum andern gegenüber der EG, deren Mitglieder alle auch dem Europarat angehören.

Mit der Erweiterung der EG von 10 auf 12 Mitgliedsländer seit 1. Januar 1986 wurde die Europäische Gemeinschaft zu einem Markt von 320 Millionen Menschen. Wirtschaftlich ist die EG für die Schweiz von erst-rangiger Bedeutung, gehen doch rund 50 Prozent unserer Exporte in den EG-Raum und stammen zwei Drittel unserer Importe aus EG-Ländern. Dank dem Freihandelsabkommen von 1972, das zwar vor allem den Zollabbau auf Industrieprodukten zum Gegenstand hat, aber auch eine sogenannte «Entwicklungsklausel» enthält, konnte ein im gegenseitigen Interesse liegendes Nahverhältnis zwischen der EG und der Schweiz entwickelt werden. Dieses Nahverhältnis ist auf wirtschaftlichem Gebiet weiter ausbaufähig, beispielsweise durch die Verbesserung der Ursprungsregeln, ein Verbot mengenmässiger Ausfuhrbeschränkungen und die Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit in Freihandelsfragen.

Die EG bildet aber nicht nur in Westeuropa den dominierenden Markt. Die Europäische Gemeinschaft ist der grösste Handelspartner der Welt. Ihr Aussenhandel ist grösser als derjenige der USA und der Sowjetunion zusammen. Die EG beeinflusst auch massgeblich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Illustratives Beispiel ist das Abkommen von Lomé mit 65 Ländern in Afrika, der Karibik und

im Pazifik. Es ist durchaus denkbar, dass auch in absehbarer Zeit ein Handelsabkommen zwischen der EG und dem Comecon zur Diskussion stehen könnte. Deshalb ist und bleibt die EG trotz Rückschlägen und Schwierigkeiten ein die Zukunft Europas massgeblich beeinflussender Faktor. Seine Bedeutung wird noch wachsen, wenn die politische Union eines Tages doch noch konkrete Formen annehmen wird.

Da für die Schweiz ein Beitritt zur EG aus neutralitätsrechtli-

chen Gründen nicht in Frage kommt, werden wir uns nur auf einer institutionell beschränkten Ebene an diesem Integrationsprozess beteiligen können. Deshalb haben wir – zusammen mit den andern neutralen Staaten in Europa – alles Interesse daran, an der integrierenden Zusammenarbeit im Rahmen des Europarates und der KSZE aktiv mitzuwirken. Unsere Aufgabe kann es sein, dazu beizutragen, dass die verschiedenen Integrationsbestrebungen sich nicht gegen, sondern für ein gemeinsames Europa auswirken.

nen unrühmlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieser Weltordnung.

Dennoch formierten sich zu Beginn der 60er Jahre in vielen Ländern der Dritten Welt Befreiungsbewegungen mit dem erklärten Ziel, den Zyklus von struktureller Gewalt und Terror zu durchbrechen und der Ausbeutung und Demütigung ihrer Völker ein Ende zu setzen.

Weder auf wissenschaftlicher Ebene noch in den westlichen Medien schenkte man diesen Befreiungsbewegungen besondere Aufmerksamkeit. Speziell in den Medien stösst man immer wieder auf diffamierende und verzerrte Darstellungen der Ziele und Absichten dieser Bewegungen, da sie derzeit weltweit «die einzigen Volksorganisationen sind, die definitiv mit den Strukturen, mit dem Denken, mit der Sprache des kapitalistischen Weltmarktes brechen» (S. 14) und insofern eine Bedrohung der Weltordnung darstellen, die es aus der Sicht der Machthaber bereits im Keim zu ersticken gilt. Der Autor richtet daher einen eindringlichen Appell an den europäischen Leser und bittet um mehr Verständnis statt klischeehafter Vorurteile: «Für uns Europäer, die wir mit soviel Arroganz und leicht überzeugt das Verhalten dieser Männer und Frauen richten, die wie durch ein Wunder dem Völkermord und den Massakern entkommen sind, drängt sich eine Schlussfolgerung auf: Wir müssen unnachgiebig gegenüber Prinzipien sein, aber nachsichtig den Menschen gegenüber. Diese Haltung würde zur Verbesserung der Meinung beitragen, die wir von den neuen Staaten der Dritten Welt haben.» (S. 21) Eine solidarische Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ist aus zwei Gründen angebracht, einerseits, weil von dort entscheidende Erneuerungsimpulse für eine neue Weltordnung ausge-

Zum neuesten Buch von Jean Ziegler

Solidarisches Mitfühlen

Von Margrit Klingler-Clavaijo

«Gegen die Ordnung der Welt – Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika» lautet der Titel einer engagiert und gut lesbar geschriebenen Untersuchung über die Befreiungsbewegungen Mittelamerikas und einiger portugiesischsprachiger Länder Schwarzafrikas von Jean Ziegler. Explizit ausgesprochenes Anliegen des Autors ist es, solidarisches Mitfühlen und Mitdenken mit den Völkern der Dritten Welt zu wecken und Handlungsstrategien zu entwickeln gegen die himmelschreiende Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Weltordnung, die sich folgendermassen charakterisieren lässt: Wachsende, einseitige Monopolisierung und Multinationalisierung des Kapitals, Uniformierung und Standardisierung der Bedürfnisse der kaufkräftigen Bevölkerung, wachsende Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Industrienationen und Dritt-

weltländern, verursacht durch internationale Arbeitsteilung, fallende Rohstoffpreise und die direkt damit zusammenhängende Auslandsverschuldung der Drittweltländer.

Kurz, diese Weltordnung stabilisiert und vergrössert langjährig bestehende soziale Ungerechtigkeiten: «1981 verbrauchten 18 Prozent der Weltbevölkerung mehr als 62% aller auf der Erde erzeugten Reichtümer» (S. 64). Eine privilegierte Minderheit der Weltbevölkerung lebt in sattem Überfluss, während mehr als eine Milliarde Menschen täglich ums nackte Überleben kämpfen muss, wo Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit und Krieg den Alltag prägen. Durch die finanzielle Unterstützung von Militärdiktaturen, die keineswegs davor zurückschrecken, unliebsame Gegner des Regimes durch Mord und Folter zur Strecke zu bringen, leisten die Industrienationen ei-